

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

Eröffnungsansprache

– es gilt das gesprochene Wort –

Jahrestagung Kerntechnik, 12.- 14. Mai 2009, Dresden

Anrede,

als Präsident des Deutschen Atomforums begrüße ich Sie alle sehr herzlich zur Jahrestagung Kerntechnik, hier in der sächsischen Landeshauptstadt. 2008 Hamburg, 2009 Dresden – Sie sehen, wir sind der Elbe treu geblieben und ihr nur etwas flussaufwärts gefolgt.

Gerade im Jahr der großen deutschen Jubiläen lässt sich für die Jahrestagung Kerntechnik kaum ein besser geeigneter Ort finden als die sächsische Landeshauptstadt. Ich freue mich daher umso mehr auf die Ansprache des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Herrn Stanislaw Tillich. Deutschland feiert in wenigen Tagen 60 Jahre Bundesrepublik und in einigen Monaten 20 Jahre Mauerfall. Der Weg zur Deutschen Einheit führte auch durch Dresden. Lassen Sie mich an einige der dramatischen Ereignisse 1989 erinnern.

Am 4. Oktober versammeln sich am Hauptbahnhof tausende Menschen. Sie warten auf die angekündigten Züge aus Prag, die DDR-Flüchtlinge aus der Botschaft der Bundesrepublik in die Freiheit bringen sollen. Viele von ihnen wollen auf die Züge aufspringen. Es kommt zu schweren Zusammenstößen mit Sicherheitskräften, zum Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Pflastersteinen. Verletzte gibt es auf Seiten der Polizei wie der Demonstranten. Viele Menschen haben Angst vor einem Bürgerkrieg.

Am 8. Oktober führt eine große Demonstration durch Dresdens Innenstadt. Immer wieder ertönt der berühmt gewordene Ruf „Wir sind das Volk!“ Um die chaotischen Zustände der vorangegangenen Tage zu vermeiden, wählen die Demonstranten 20 Vertreter aus. Sie sollen mit der Staatsmacht

über demokratische Grundrechte verhandeln. Am 9. Oktober findet dieses Gespräch der legendären „Gruppe der 20“ mit dem Oberbürgermeister statt. Dresden ist so die erste Stadt der DDR, in der es zu einem friedlichen Dialog zwischen Staatsmacht und systemkritischen Bürgern kommt.

Nach der Öffnung der innerdeutschen Grenzen am 9. November 1989 reist Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 zu einem ersten Treffen mit dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates Hans Modrow nach Dresden und wird begeistert von den Menschen empfangen. Mit diesem Treffen beginnt der so ersehnte wie komplizierte Weg zur Vollendung der deutschen Einheit.

Auch auf unserem ureigenen Feld der Kerntechnik in Deutschland nimmt Dresden einen herausragenden zeithistorischen Platz ein. Als 1955 der Alliierte Kontrollrat die zivile Kernforschung in Deutschland erlaubt, beschließt noch im gleichen Jahr die DDR-Regierung den Aufbau des ZfK Zentralinstituts für Kernphysik in Dresden-Rossendorf. 1957 wird dort mit einem 2-MW-Forschungsreaktor der erste Kernreaktor der DDR eingeweiht. Jahrzehnte ständigen Ausbaus und intensiver Forschung folgen.

Nach der politischen Wende und dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik werden 1991 sämtliche Reaktoren in Dresden-Rossendorf außer Betrieb genommen. Das ZfK wird aufgelöst und der Rückbau aller kerntechnischen Anlagen begonnen. Das bedeutet jedoch nicht das Ende der Kerntechnischen Forschung am Standort. Seit 1992 besteht mit dem FZD Forschungszentrum Dresden-Rossendorf eine hervorragende Einrichtung anwenderorientierter Grundlagenforschung mit den Schwerpunkten: neue Materialien, Krebsforschung und nukleare Sicherheitsforschung. Darüber hinaus wird im Kompetenzzentrum Ost des

Kompetenzverbunds Kerntechnik auf den Gebieten der Material- und Komponentensicherheit, Thermohydraulik, Reaktordynamik und Störfallanalyse von Kernreaktoren überaus erfolgreich gearbeitet.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich trotz der politischen Beschlußlage die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Kerntechnik in Deutschland wiederbelebt. Ob in Jülich, Karlsruhe, München oder Dresden sind Lehrstühle durch Stiftungen, Hochschulen oder Landesinitiativen wieder neu besetzt oder neu entstanden. Herrn Dr. Fritz, dem Vorsitzenden der Kerntechnischen Gesellschaft, möchte ich an dieser Stelle für seine hervorragende Arbeit auf dem Gebiet besonders danken. Wo vor einigen Jahren vielleicht gerade einmal 5 Studenten einem Lehrstuhlinhaber zuhörten, sind es heute oftmals bis zu 100. Die Hörsäle füllen sich wieder mit jungen Menschen, die sich für die Kerntechnik interessieren und hier ihre berufliche Zukunft sehen. Zu recht, denn der Markt für Hochschulabsolventen ist leergefegt, insbesondere angesichts der Neubauvorhaben von Herstellern und Betreibern. Und das wird auch angesichts des Wiedererstarkens der Kernenergie weltweit und auch in Europa – so sehr sich auch manche bemühen, dies zu leugnen – so bleiben. Das gibt uns Hoffnung im 50. Jahr des Bestehens des Deutschen Atomforums. Und Hoffnung gibt uns auch, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel uns zu einer Feierstunde aus diesem Anlaß am 1. Juli in Berlin die Ehre geben wird.

Anrede,

50 Jahre Deutsches Atomforum sind geprägt von Anfangseuphorie, zunehmender Auseinandersetzung ab den 70er Jahren, bis schließlich hin zum Atomausstieg 2000 und endlich einer gesellschaftlichen Beruhigung

des Themas, die jetzt wieder eine sachlichere Diskussion des Themas in Politik und Öffentlichkeit zulässt.

Sie sind geprägt vom sicheren Betrieb der deutschen Anlagen, die immer wieder – auch mit massivem finanziellem Einsatz – nachgerüstet und verbessert worden sind. Die 2.500 Vorkommnisse der vergangenen 15 Jahre, die den Aufsichtsbehörden gemeldet wurden, waren fast alle der Ereignisklasse 0 auf der 7-stufigen internationalen Ereignisskala INES zuzuordnen, auch die Ereignisse 2007 in Krümel und Brunsbüttel. Wenige waren INES-Kategorie 1 und ganze 3 INES-Kategorie 2. Bei keinem der drei Vorkommnisse bestand irgendeine Gefährdung für die Bevölkerung. Dies ist eine hervorragende Bilanz, die sich im internationalen Vergleich wirklich sehen lassen kann.

Die 50 Jahre sind auch geprägt von einem maßgeblichen Anteil der Kernenergie an der gesamten deutschen Stromversorgung. Heute: rund ein Viertel der Stromversorgung, die Hälfte der Grundlast, also der ‚Rund-um-die-Uhr-Versorgung‘. Ohne die kostengünstige, versorgungssichere und umweltfreundliche Kernenergie wäre der wirtschaftliche Aufschwung in den alten Bundesländern, vor allem im Süden Deutschlands nicht möglich gewesen.

Die 50 Jahre sind aber auch geprägt vom permanenten Streit um die Endlagerfrage. Es bestand von Beginn an weitgehende Übereinstimmung, dass der Bau und Betrieb der Endlager eine staatliche Aufgabe, finanziert durch die Abfallverursacher, ist. 1975 wurde dies im Atomgesetz festgeschrieben. Dies war und ist auch ein Versprechen von staatlicher Seite. Für die schwach- und mittelaktiven Abfälle wird dies mit dem Endlager Konrad endlich eingelöst. Für die hochaktiven Abfälle steht die

Einlösung dieser Zusage immer noch aus. Technisch ist das Thema lösbar, politisch ist es blockiert. Schon Ende 2005 waren mit der Vorlage des sogenannten Syntheseberichts durch das Bundesamt für Strahlenschutz die Voraussetzungen für die weitere Erkundung des Salzstocks gegeben. Entgegen der Kernenergie-Verständigung sind die Erkundungen nicht wieder aufgenommen worden. Auch in dieser Legislaturperiode ist trotz Koalitionsvertrag – Stichwort: „zügige Lösung der Endlagerfrage“ – im Hinblick auf den hochaktiven Abfall nichts geschehen. Das Thema muss so oder so vorangebracht werden, gleichgültig ob es zu einer Laufzeitverlängerung kommt. Denn schließlich sind die hochradioaktiven Abfälle – nicht nur aus Kernkraftwerken, sondern auch aus Forschung und Medizin – da und müssen entsorgt werden. Im Herbst 2010, also im kommenden Jahr schon, läuft das Gorleben-Moratorium aus. Spätestens dann muss es im Salzstock Gorleben weitergehen. Dabei sind wir keine Betonköpfe, die diesen Standort mit aller Gewalt durchboxen wollen. Das Verfahren muss ergebnisoffen bleiben, eine umfassende Sicherheitsanalyse und -bewertung erstellt werden; und wir müssen für den – nach den bisherigen Ergebnissen unwahrscheinlichen – Fall, dass der Salzstock Gorleben nicht geeignet sein sollte, vorbereitet sein. Kein Zweifel, die Vorgänge um die Asse, zudem noch unter staatlicher Verantwortung, schaden der Lösung der Endlagerfrage. Aber Asse, ein bis zum äußersten Rand der Lagerstätte ausgehöhltes Salzgewinnungsbergwerk, ist mit Gorleben, einem seit zig Millionen Jahren unversehrtem Salzstock, nicht vergleichbar. Das sagen alle Fachleute und selbst Bundesminister Gabriel.

Und wenn man jetzt die Kraftwerks-Betreiber, die an den Vorgängen in Asse nicht beteiligt waren, finanziell zur Kasse bitten will, ist das so, als hätten Ihre Eltern vor 20, 30 Jahren ihren Müll entsorgt, brav Gebühren

dafür bezahlt und jetzt käme die Müllabfuhr mit einer neuen Rechnung, weil der Müll damals nicht richtig entsorgt wurde. Zu recht wird daher in der Begründung zur jüngsten Novelle des Atomgesetzes festgestellt, dass die Probleme der Asse in der Sphäre des Bundes entstanden und daher auch dort zu lösen sind.

Anrede,

50 Jahre Deutsches Atomforum: Ich möchte hierzu Professor Levi, den ehemaligen Vorsitzenden der Kerntechnischen Gesellschaft, aus seiner Rede vor der Reaktortagung 1977 zitieren:

„Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass die wissenschaftlichen und technischen Erfolge für sich selbst sprechen werden. Wir müssen bereit sein zum Gespräch. Wir müssen lernen, die Fragen besser zu verstehen, die an uns gestellt werden, um sie besser beantworten zu können.

Aber noch etwas ist wichtig. Wir selbst müssen überzeugend und glaubwürdig sein. Dazu gehört, dass wir die Argumente gegen die Kernenergie ernst nehmen, dass wir uns ehrlich mit ihnen auseinandersetzen und dass wir es über uns bringen, auch einmal nicht Recht zu behalten. Dazu gehört aber auch, dass wir im beruflichen Bereich stets mit dem Verantwortungsbewußtsein handeln, dass der Bürger billigerweise bei denen voraussetzen darf, die mit der Kernenergie umgehen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Das gilt unverändert, wenngleich man selbstkritisch hinzufügen muss, wir haben uns nicht immer daran gehalten. Anfangs waren wir oft zu wissenschaftlich überheblich. Und später haben wir uns bei wachsendem Widerstand gelegentlich in die Wagenburg

zurückgezogen. Diese Zeiten sind vorbei und deshalb haben wir die Arbeit des Deutschen Atomforums in den letzten Jahren unter das Motto „Energievernunft und Dialogbereitschaft“ gestellt.

Anrede,

Dieses Jahr ist nicht nur ein Jubiläums- sondern auch und vor allem ein Wahljahr. Die Weichen werden – vielleicht, oder besser hoffentlich – neu gestellt. Wir halten in jedem Fall eine Neubewertung der Kernenergiepolitik in Deutschland – und das heißt Laufzeitverlängerung und wirkliche Fortschritte zur Lösung der Entsorgungsfrage – für zwingend. Denn die Rahmenbedingungen haben sich seit 2000 völlig verändert:

- Der Klimawandel hat sich als die Herausforderung dieses Jahrhunderts herausgestellt. Kernenergie kann einen wesentlichen Beitrag zu seiner Bekämpfung leisten. Dies ist mittlerweile weltweit anerkannt, ob im Kyoto-Prozess, im Rahmen der G8, der EU oder der Internationalen Energieagentur. Kernkraftwerke vermeiden bereits heute weltweit jedes Jahr rund 2,5 Milliarden Tonnen CO₂ bei einem globalen Gesamtausstoß von rund 11 Milliarden Tonnen CO₂ aus der Stromerzeugung. Präsident Barack Obama hat es am 5. April in Prag deutlich ausgesprochen: *„Wir müssen uns die Kernenergie zu nutze machen, um den Klimawandel zu bekämpfen und um allen Menschen Chancen zu eröffnen.“*
- Weniger Kernkraftwerke heißt vor allem mehr Gaskraftwerke und damit noch mehr Importabhängigkeit beim Gas. Wir stehen ohnehin schon an der Spitze bei der Energieimportabhängigkeit in Europa. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie würden wir diese noch

weiter verschärfen. Dass die Öl- und Gaspreise gerade einmal gesunken sind, darf uns nicht den Blick darauf verstellen, dass alle Fundamentaldaten – Verknappung des Angebots, bei Anstieg der Nachfrage – mittelfristig wieder einen Anstieg erwarten lassen. Versorgungssicherheit herzustellen, ist das Gebot der Stunde. Und Kernenergie kann hierzu einen erheblichen Beitrag leisten.

- Wir sind mitten in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise. In einer solchen Situation muss alles vermieden werden, was der Konjunktur schadet. Der Ausstieg aus der Kernenergie gehört dazu. Denn der Einsatz der Kernenergie hat ohne Zweifel eine strompreisdämpfende Wirkung. Zudem würde ohne Not ein völlig intakter Kapitalstock vernichtet. Die Finanzmittel für dadurch notwendige Ersatzbauten könnten volkswirtschaftlich sinnvoller eingesetzt werden.
- Die Kernenergie-Welt um uns herum hat sich extrem verändert. „Vorgestern“ hat Finnland den Bau neuer Reaktoren beschlossen, „gestern“ die Schweiz und Großbritannien und „heute“ Schweden, Italien und Polen. Die Kernenergie ist in diesen Ländern neu bewertet worden, Ausstiegsbeschlüsse wurden revidiert, zum Teil auch von Sozialdemokratischen Regierungen. Die EU bewegt sich – hin zur Kernenergie. Von Südost-Asien, USA und Rußland ganz zu schweigen. Diese Dynamik hätten 2000 nur die wenigsten für möglich gehalten.

Anrede,

Wenn es doch beim Ausstieg bliebe, würden schon in der nächsten Legislaturperiode 7 der 17 deutschen Anlagen – Kernkraftwerke oder meinetwegen auch Atomkraftwerke – abgeschaltet. Das sind fast 10 % Prozent der Stromproduktion und fast 20 % Prozent der Grundlast. Ich habe manchmal den Eindruck, dass sich viele in Politik, Medien und Öffentlichkeit nicht hinreichend darüber im Klaren sind, was das bedeutet. Damit würde die Versorgungssicherheit, siehe die unverändert aktuelle dena-Studie, massiv gefährdet, die Klimaschutzziele würden nicht erreicht. Die „Meseberger-Beschlüsse“ der Bundesregierung würden zu „Merseburger-Zaubersprüchen“, bekanntlich alt-germanische Beschwörungsformeln. Der Wirtschaftsstandort Deutschland würde ganz erheblich geschwächt.

Ja, die Kernkraftwerksbetreiber sind grundsätzlich einverstanden, einen politischen Preis für die Laufzeitverlängerung zu zahlen. Ab dem 27. September 18:00 Uhr sind wir bereit, unsere Vorschläge auf den Tisch zu legen und mit den Entscheidungsträgern darüber zu verhandeln. Wenn allerdings jemand meint, die sieben Kernkraftwerke, die bis 2013 anstehen, abschalten zu sollen, um auf dieser Basis eine Laufzeitverlängerung der jüngeren Anlagen zu ermöglichen, wird er in uns keinen Verhandlungspartner finden.

Wir hatten in den 70er und 80er Jahren ein politisch gewolltes enges Zusammenspiel, eine Allianz zwischen heimischer Kohle und Kernenergie. Warum sollte dies heute auf der Basis des politischen Preises nicht auch zwischen Erneuerbaren, Energieeffizienzanstrengungen und der Kernenergie möglich sein?! Das könnte doch ein Modell für die Zukunft sein! Dann müssten allerdings die Vertreter der Erneuerbaren über Ihren

Schatten springen und ihre allzu oft gepflegte Abgrenzung aufgeben. Die Eigentümer der deutschen Kernkraftwerke haben dies bereits getan und investieren auch massiv in Erneuerbare, nicht nur in Deutschland sondern in ganz Europa. Erneuerbare und Kernenergie sind kein Gegensatz, wie immer behauptet wird, Dagegen spricht schon der Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Beide, Kernenergie und Erneuerbare haben ausreichend Platz im Energiemix ohne sich in die Quere zu kommen. Laßt uns die Gräben endlich zuschütten! Wir können auf keine Energieoption verzichten, die CO₂-frei ist und Versorgungssicherheit gewährleistet, ob nun Kernenergie, CO₂-freie Kohle oder Erneuerbare.

Weltweit setzt sich diese Erkenntnis durch, unter Einschluß der Kernenergie. Da helfen keine Zahlenspielerereien, es ist eine Tatsache, dass global die Kernenergie neu und positiv bewertet wird. 2008 waren weltweit 42 Anlagen im Bau, 81 Anlagen schon in der Genehmigungsphase. Die Laufzeiten der bestehenden Anlagen werden bei entsprechender Nachrüstung auf bis zu 60 Jahre verlängert.

Fazit: Deutschland ist in Europa und weltweit mit seiner Ausstiegspolitik völlig isoliert. Das sollte doch ein Grund sein, einmal darüber nachzudenken, ob denn andere alles falsch und wir alles richtig machen. Oder um Rüdiger Safranski aus seinem Buch „Romantik – eine deutsche Affäre“ zu zitieren: „Das Romantische gehört zu einer politischen Kultur, romantische Politik aber ist gefährlich“.

Anrede,

es ist immer hilfreich, sich einmal anzusehen, was sich außerhalb Deutschlands tut, wie die Welt „tickt“ und wie vielleicht die Außensicht auf Deutschland ist.

Nehmen wir ein Land, in dem sich deutsche Unternehmen seit einiger Zeit besonders stark engagieren und die Kernenergie mit ausbauen möchten: Großbritannien. Seine Gasvorkommen in der Nordsee sind in absehbarer Zeit praktisch erschöpft. Der konventionelle und nukleare Kraftwerkspark muss erneuert werden. So stellt sich die Frage: Wie sichert Großbritannien seine Energieversorgung, und welche Rolle spielt dabei die Kernenergie? Ich bin sehr gespannt auf den Vortrag von Timothy Stone, Chefberater des OND Office for Nuclear Development der britischen Regierung. Die Tatsache, dass in Großbritannien die deutschen Unternehmen E.ON und RWE den Zuschlag für Standorte künftiger Neubauten erhalten haben, ist in diesem Zusammenhang sicherlich mehr als eine Randnotiz.

Gegenwärtig müssen viele Staaten die Strategien ihrer zukünftigen Energieversorgung justieren. „Pünktlich“ zur Wintertagung des Deutschen Atomforums Anfang Februar 2009 hat das auch die schwedische Regierung getan und das fast 30 Jahre alte Neubauverbot für Kernreaktoren aufgehoben. Schweden ist in der Debatte über Rolle und Zukunft der Kernenergie in Deutschland immer ein wichtiger Bezugspunkt gewesen. Das ist in der aktuellen Situation nicht anders. Ich freue mich daher auf den Vortrag Lars Lindblads, des Fraktionsführers der Moderaten Sammlungspartei im Schwedischen Reichstag über den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ in seiner Heimat.

Ein anderes Land, das für Deutschlands Energieversorgung schon immer eine große Rolle gespielt hat, ist Russland. Sein Gasstreit mit der Ukraine

hat Anfang 2009 für Wochen die Medien und Gemüter hierzulande bewegt. Die Entscheidung des deutschen Industrieschwergewichts Siemens, das kerntechnische Joint Venture mit Areva zu verlassen und ein neues mit der russischen Rosatom einzugehen, zeigt wie sehr die Energiemärkte weltweit in Bewegung geraten sind. So freue ich mich sehr auf die Erläuterungen zu „Russlands Energiestrategie: Gas, Erdöl und/oder Kernenergie?“ von Oleg Patarakin, stellvertretender Direktor bei Rosatom, der Föderalen Agentur für Atomenergie Russlands.

Die drei Vorträge zu den energiewirtschaftlichen Perspektiven Großbritanniens, Schwedens und Russlands werden interessante Impulse geben für unsere hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zum Thema „Europa setzt auf Kernenergie – und wo bleibt Deutschland?“ Schade, dass Herr Hipp von Greenpeace letzte Woche abgesagt hat.

Anrede,

Das Engagement der Politik und Wirtschaft kann sich in vielen Ländern auf ein verbessertes Meinungsklima pro Kernenergie stützen. Aktueller Beleg: Die internationale Management- und Technologieberatung Accenture hatte Ende 2008 eine Meinungsumfrage mit über Zehntausend Personen in 20 Ländern in Auftrag gegeben, um Einschätzungen und Haltungen zur Kernenergie zu erfragen. Im letzten April sind die Umfrageergebnisse veröffentlicht worden. Danach glauben 65 Prozent der Deutschen, dass Kernenergie auf lange Sicht eine Schlüsselrolle bei der Stromerzeugung spielen wird. Dieser Wert hat in Deutschland Schlagzeilen produziert und selbst uns überrascht, obwohl wir bereits seit Jahren hierzulande einen positiven Meinungstrend zur Kernenergie beobachten können.

Noch höhere Zustimmungswerte finden sich im Ausland: So glauben 72 Prozent der Schweden, dass Kernenergie langfristig eine Schlüsselrolle in der Stromerzeugung spielen wird. In Russland sind es 79 Prozent, in den USA 80 Prozent, in Großbritannien und Frankreich 82 Prozent, in China 89 Prozent und in Indien 93 Prozent. Diese Zahlen sagen viel aus über Technologieoffenheit sowie die dann zukünftig auch übernommene Technologieführerschaft.

Anrede,

Die Umfragen in Deutschland zeigen, dass sich der Streit um die Kernenergie in Deutschland entspannt. Er hat seine gesellschaftsspaltende Wirkung verloren. Das ist eine gute Basis für die notwendige Neubewertung der Kernenergie auch bei uns und wirkliche Fortschritte in der Entsorgungsfrage – mit Energievernunft und in wechselseitigem Dialog.

Ich bitte Sie alle, gerade in den vor uns liegenden Wochen und Monaten diesen Dialog ebenso engagiert wie sachlich zu führen. Wir brauchen alle Energietechnologien, auch die Kernenergie!

Schließlich möchte ich allen danken, die diese Konferenz vorbereitet haben und durch ihre Beiträge zu ihrem Gelingen beitragen. Ich wünsche uns allen einen interessanten und anregenden Verlauf der Jahrestagung Kerntechnik 2009.